

Herr Lemhoefer
Herr Schütz
Frau Wolf
Frau Wollenberg

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Herr Epp
Herr Hanke
Frau Aron
Herr Leesemann

Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Hilse
Frau Hassebrauck
Herr Qamar

REGE mbH
AWO Kreisverband Bielefeld e.V.
AWO Kreisverband Bielefeld e.V.

Schriftführung:

Frau Mülot

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) fest. Sie bedankt sich bei der Jugendberufsagentur (JBA) dafür, dass der JHA zu Gast im Hause der JBA sein könne.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss am 12.11.2019 (JHA 51. Sitzung)

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der über die gemeinsame Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Sozial- und Gesundheitsausschuss am 12.11.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2019

Der Jugendhilfeausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 52. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.11.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Ergebnis des Ideenwettbewerbs der Stiftung Eikemann

Herr Lehmhöfer lobt die im Verfahren erzielten Ergebnisse. Er fragt, ob der Ausschuss eine Übersicht über die geplanten Projekte erhalten könne. Beigeordneter Herr Nürnberger stellt kurze Projektbeschreibungen in Aussicht.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Umsetzung der Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung i.R. der Reformierung des KiBiz (Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.12.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9969/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die als Tischvorlage zu dieser Sitzung verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**). Ziel sei, dass die Verwaltung noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage erstelle, um eine Umsetzung der Angebote ab dem Kita-Jahr 2020/2021 zu ermöglichen.

Herr Langeworth betont, dass der CDU-Fraktion ebenfalls die Umsetzung der Flexibilisierung der Betreuungszeiten zum Beginn des nächsten Kita-Jahres wichtig sei. Er gehe davon aus, dass zu einer der nächsten Sitzungen eine Beschlussvorlage unter Beteiligung der betroffenen Bezirksvertretungen vorbereitet werde, in der auch die Ergebnisse der von der internen Arbeitsgruppe festgelegten Prüfaufträge dargestellt würden. Darüber hinaus habe die CDU-Fraktion den Wunsch, dass pro Bezirk mindestens eine Kita flexible Betreuungszeiten anbiere.

Vorsitzende Frau Weißenfeld betont, dass bei der Festlegung der Standorte vorrangig der Bedarf der Eltern an dem jeweiligen Standort zu berücksichtigen sei.

Zu Punkt 4.2 Einrichtung eines Jugendzentrums im Jahnplatzforum (Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9986/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Stellungnahme zu der Idee eines Jugendzentrums im Jahnplatzforum abgeben könne.

Die Verwaltung arbeite daran, sich einen Überblick über die aktuell vorhandenen jugendkulturellen Angebote zu verschaffen. Einige Angebote stünden den Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Der Bedarf der Jugendlichen hinsichtlich der Anforderungen an ein neues Jugendzentrum müsse genau festgestellt werden. Dies zu ermitteln koste Zeit, genauso wie die notwendigen Gespräche mit interessierten Trägern über alternative Inhalte und Orte.

Frau Brinkmann bedankt sich für die Antwort der Verwaltung. In Gesprächen mit den Falken habe man sich darüber informiert, was im derzeitigen Jahnplatzforum gewünscht werde. Sie betont, dass bei allen Überlegungen eine konkrete Prüfung und Einschätzung der für die Umsetzung

der Ideen notwendigen finanziellen Mittel unerlässlich sei.

Frau Häckel bekräftigt, dass der Bedarf an weiteren Orten für jugendkulturelle Angebote bestehe.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fasst zusammen, dass der Bedarf an weiteren kulturellen Angeboten für Jugendliche vorhanden sei, es werde nach alternativen Orten und Angeboten für Jugendliche gesucht und die Frage der Finanzierung sei zu prüfen.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Platzangebot in den Frauenhäusern in Bielefeld (Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.01.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9993/2014-2020

Frau Brinkmann bedankt sich für die schriftliche Antwort der Verwaltung, die zu dieser Sitzung als Tischvorlage verteilt wurde (**Anlage 2**), und erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion. Frauenhäuser nähmen erst Frauen ab einem Mindestalter von 18 Jahren auf. Die betroffenen Frauen würden oft von ihren minderjährigen Kindern begleitet, daher gehöre dieses Thema Ihrer Meinung nach auch in den JHA.

Ein Notstand an Plätzen in Bielefeld sei offensichtlich nicht erkennbar, obwohl die Frauenhäuser die Zahl der abgelehnten Frauen nicht dokumentierten.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass in der Praxis schwer feststellbar sei, ob der Platzbedarf für Bielefelder Frauen in Bielefeld tatsächlich gedeckt sei. Für die Größe der Stadt sei Bielefeld überproportional gut ausgestattet, die Plätze seien jedoch immer voll belegt. Aus unterschiedlichen fachlichen Gründen müssten immer wieder Anträge abgelehnt werden, in der Regel von nicht aus Bielefeld stammenden Frauen.

Frau Hopster berichtet aus der Praxis, dass nur die tatsächlichen Ablehnungen zählbar seien - wie viele Frauen tatsächlich dahinter stünden und wie viele der Absagen Bielefelder Frauen beträfen, werde nicht dokumentiert. Das autonome Frauenhaus sei zu mehr als 100% ausgebucht. Dank guter Netzwerke könnte Hilfesuchenden aber in der Regel sofort ein freier Platz angeboten werden, unter Umständen in einem Frauenhaus im Umland. Die Nachfrage schwanke „konjunkturabhängig“, erfahrungsgemäß steige zum Beispiel in der Weihnachts- oder Urlaubszeit die Nachfrage.

Frau Henke weist darauf hin, dass den Frauen möglichst schnell alternative Wohnformen angeboten werden sollten. Da diese aber momentan kaum zur Verfügung stünden, verlängere sich die Verweildauer in den Frauenhäusern und damit verringere sich das tatsächliche Platzangebot. In den Leistungsverträgen seien Positionen für zusätzliches Personal für die Nachbetreuung enthalten. Vielleicht sei es darüber hinaus möglich, sich im Rahmen der Erstellung der Leistungsverträge auch über eine verbesserte Dokumentation Gedanken zu machen.

Frau Hopster bestätigt, dass nach ihrer Erfahrung eine enge Begleitung

der Frauen zu einer schnelleren Weiterleitung in die Selbständigkeit und zu Stabilität in der neuen Lebensform führe.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fügt hinzu, dass unter Umständen auch ein möglicher Drehtüreffekt durch eine enge Nachsorge vermieden werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5

Anträge

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 6

Bericht Projekt Wegweiser (AWO)

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt als Berichterstatter Frau Hassebrauck und Herrn Qamar vom AWO Kreisverband Bielefeld e.V.

Frau Hassebrauck und Herr Qamar stellen sich kurz vor und erläutern ausführlich das Programm „Wegweiser“ anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Anmerkung: die Präsentation ist als **Anlage 3** Bestandteil dieser Niederschrift.*). „Wegweiser“ sei ein präventives Programm des Landes NRW, das Jugendliche und junge Erwachsene dabei unterstütze, ihren Einstieg in den Salafismus zu verhindern. Die drei Schwerpunkte seien die Beratung, die Begleitung und die Aufklärung und Sensibilisierung von Betroffenen. In Zukunft wolle man auch Kindertagesstätten Beratung anbieten.

In diesem Zusammenhang lädt Frau Hassebrauck die Anwesenden zu einer Filmvorführung am Donnerstag, 19.03.2020 um 17.30 Uhr im Mehr- generationenhaus Heisenbergweg in Bielefeld ein (*Anmerkung: Gezeigt werde der Film „Layla M.“*).

Herr Grün dankt für die wichtige Arbeit von „Wegweiser“. Auf Nachfrage erklärt Frau Hopster, dass der Salafismus eine Instrumentalisierung des Islams sei.

Auf Nachfrage von Frau Henke erklären Frau Hopster und Frau Hassebrauck, dass sich die Zahl der Rückkehrerfamilien aus Gebieten des Islamischen Staats (IS) nur schwer ermitteln lasse. Im Rahmen des Projektes arbeite man eng mit dem Staatsschutz zusammen, der sehr genau wisse, woher die einzelne Person komme. Diese Informationen würden aber nicht an „Wegweiser“ weitergegeben. „Wegweiser“ gehe es darum, zu schauen, welche Unterstützung die Menschen, die an sie heranträten, konkret in diesem Moment bräuchten. Auch die Zahl der Beratungsgespräche werde bewusst nicht bekannt gegeben, man habe aber „viel zu tun“.

Vorsitzende Frau Weißenfeld dankt Frau Hassebrauck und Herrn Qamar für die ausführlichen Informationen.

Zu Punkt 7

Umsetzung des 9. Mädchenberichts

Frau Hilse stellt die Umsetzung des 9. Mädchenberichts anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich vor (*Anmerkung: die Präsentation ist als **Anlage 4** Bestandteil dieser Niederschrift.*).

Auf Nachfrage führt sie aus, dass die in der Präsentation verwendeten Gendersternchen wie bei „Mitarbeiter*innen“ als Hilfskonstruktion zur Vereinfachung der Lesbarkeit von Texten dienen. Darüber hinaus werde intern regelmäßig die Einbindung verschiedener Geschlechterbegriffe bzw. Geschlechtsidentitäten thematisiert.

Frau Prof. Dr. Plößer fügt hinzu, dass Menschen nicht ohne Kategorisierung benennbar seien, wobei klar sei, dass die Kategorien nicht immer alle Menschen erreiche.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich bei Frau Hilse für die Ausführungen.

Zu Punkt 8

Bericht der Jugendberufsagentur

Frau Hüser stellt sich kurz vor und erläutert die Angebote der Berufsvorbereitung durch die JBA anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Anmerkung: die Präsentation ist als **Anlage 5** Bestandteil dieser Niederschrift.*).

Auf Nachfrage der Vorsitzenden Frau Weißenfeld berichtet Frau Hüser, dass die Einbindung der Eltern sehr individuell gehandhabt werde und unter anderem abhängig sei von der Selbstständigkeit der Jugendlichen.

Die Öffnungszeiten der JBA sind wie folgt:

- Montag bis Freitag: 08:00 bis 12:30 Uhr und zusätzlich
- Dienstag: von 13:30 bis 16:00 Uhr und
- Donnerstag: von 13:30 bis 18:00 Uhr.

Abschließend bietet Frau Hüser für alle Interessierten im Anschluss an die Sitzung eine kurze Besichtigung der JBA an.

Vorsitzende Frau Weißenfeld dankt Frau Hüser für die ausführlichen Informationen.

Zu Punkt 9

Zwischenbericht zur Entwicklung eines Konzeptes für den Grünen Würfel

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9931/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Informationsvorlage und weist insbesondere auf den darin vorgestellten Zeitplan hin. Geplant sei die Übernahme des „Grünen Würfels“ durch die Stadt Bielefeld ab April 2020.

Herr Schütz berichtet von den derzeitigen Angeboten im „Grünen Würfel“, die sich auf vier Bereiche erstrecken:

- Jugendtreffs,
- Workshops (z.B. Tanz, Graffiti),
- Jugendkulturelle Angebote (z.B. Kessel Jam) unterschiedlicher Anbieter sowie
- Treffen von verschiedenen Gruppen (z.B. Schwule Ü50, Friday-for-Future).

Einige Angebote seien stark an den Bedarfen junger Frauen ausgerichtet, insgesamt sei aber eine ausgeglichene Geschlechterverteilung bei den Nutzern zu beobachten.

Bislang habe es keine Schwierigkeiten mit Menschen aus der Trinker- oder Drogenszene des Kesselbrinks gegeben. In der Regel entfernten sich diese Menschen von dem Platz, sobald im „Grünen Würfel“ Aktionen liefen. Die Atmosphäre im Haus sei insgesamt sehr angenehm.

An den bislang 23 Öffnungstagen habe man ca. 700 Besucher zählen können, damit sei man durchaus zufrieden. Die Falken rechneten mit deutlich höheren Zahlen im Sommer.

Herr Langeworth fragt, ob die Verlängerung des Übergangsjahres bis einschließlich März Einschränkungen für das Projekt in der Oelmühlenstraße 61 (in den Räumen des ehemaligen Bioladens „Möhre“) bedeute. Herr Schütz erklärt, dass tatsächlich eine Fachkraft weniger vor Ort in der Oelmühlenstraße tätig sei, dies aber durch eine zusätzliche Honorarkraft ausgeglichen werde. Weitere Einschränkungen gebe es nicht.

Zum laufenden Interessenbekundungsverfahren berichtet Frau Aron, dass mit Stand heute insgesamt 22 Rückmeldungen eingegangen seien, wobei einige Träger auch mehrere Angebote gleichzeitig eingereicht hätten. Die Verwaltung sichte nun diese Angebote und bewerte sie nach selbst festgelegten Kriterien. Daraus werde ein erster Plan für die nächste Phase der Belegung des „Grünen Würfels“ entwickelt. Nachdem das Programm dann in Betrieb gegangen sei, werde man dieses kontinuierlich zum Beispiel über Bürgerbefragungen von den Bürgern bewerten lassen um dann die weiteren Schritte zu planen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld ergänzt, dass sie es für richtig halte, die Übergangslösung bis März weiterlaufen zu lassen, anstatt eine schnelle Entscheidung in Sondersitzungen herbeizuführen. Sie gehe davon aus, dass in der Sitzung des JHA im März konkreter berichtet werden könne.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Bildung und Teilhabe (BuT) – Prüfung der Einführung eines Internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen auf Bildung und Teilhabe (Bildungskarte) - 2. Lesung

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern: 9395/2014-2020/1
10100/2014-2020 (Antrag der Kooperation vom
15.01.2020)

Herr Wandersleb erläutert den Antrag der Kooperation (siehe TOP 10.1, Drucks.-Nr. 10100/2014-2020). Ziel des Antrags sei die Erhöhung der Nutzer der Leistungen u. a. durch einen unbürokratischeren Zugang. Durch Einführung der Karte entfalle auch das bisherige Abrechnungssystem, was die Karte auch für die Leistungserbringer attraktiver mache. Aus Sicht der Kooperation überwiegen die Vorteile der Karte ihre Nachteile.

Herr Görtz kündigt an, sich bei der Abstimmung über den Antrag zu enthalten.

Frau Brinkmann erklärt, dass die Vertreter der CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen würden.

Auch Frau Hopster kündigt die Zustimmung der Wohlfahrtsverbände an.

Herr Lehmhöfer erklärt, dass seiner Einschätzung nach zurzeit nicht vorhersehbar sei, welche Folgen der Punkt 6 des Antrages für die ehrenamtlichen Helfer der Anbieter habe und werde sich daher bei der Abstimmung über den Antrag enthalten. Insgesamt sei der Änderungsantrag aber eine Verbesserung.

Frau Henneke merkt an, dass Vereinfachungen auch in den Verfahren anderer BuT-Förderungen wünschenswert seien.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet nun zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kooperation, Drucks.-Nr. 10100/2014-2020.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, die Verwaltung zu beauftragen,

- 1. die Einführung einer Bildungskarte zum Schuljahr 2020/2021 mit dem Ziel zu realisieren, die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen durch die Leistungsberechtigten signifikant zu steigern,**
- 2. dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den Einführungs- und Umsetzungsprozess zu berichten,**
- 3. die Leistungsberechtigten mittels einer Aufklärungskampagne (z.B. in Form von einfach verständlichen Flyern) umfassend über die Möglichkeiten der Bildungskarte zu informieren,**
- 4. die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Lernförderung zu informieren und die Beantragung soweit wie möglich zu vereinfachen und zu straffen,**
- 5. dem Jugendhilfeausschuss auf der Basis der Nutzung der Bildungskarte in zwei Schuljahren eine Evaluation vorzulegen, die den Nutzen der Bildungskarte untersucht und ermittelt, ob fol-**

gende Ziele erreicht wurden:

- Die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe durch Leistungsberechtigte ist um mindestens 50% gestiegen.
 - Die Anbieter von Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe beteiligen sich weit überwiegend an dem System der Bildungskarte.
 - Es besteht eine durch eine Befragung von Eltern und Jugendlichen festgestellte hohe Zufriedenheit mit der Bildungskarte.
6. die Gewährung der Leistungen auch in den Fällen sicherzustellen, in denen die Karte nicht eingesetzt wird bzw. eingesetzt werden kann.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Unter Berücksichtigung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages, Drucks.-Nr.10100/2014-2020 fordert Vorsitzende Frau Weißenfeld die Anwesenden zur Abstimmung über die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 9395/2014-2020 auf.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden vom Beschlussvorschlag abweichenden **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, die Verwaltung zu beauftragen,

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, die Verwaltung zu beauftragen,

1. die Einführung einer Bildungskarte zum Schuljahr 2020/2021 mit dem Ziel zu realisieren, die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen durch die Leistungsberechtigten signifikant zu steigern,
2. dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den Einführungs- und Umsetzungsprozess zu berichten,
3. die Leistungsberechtigten mittels einer Aufklärungskampagne (z.B. in Form von einfach verständlichen Flyern) umfassend über die Möglichkeiten der Bildungskarte zu informieren,
4. die Leistungsberechtigten über die Möglichkeiten der Lernförderung zu informieren und die Beantragung soweit wie möglich zu vereinfachen und zu straffen,
5. dem Jugendhilfeausschuss auf der Basis der Nutzung der Bildungskarte in zwei Schuljahren eine Evaluation vorzulegen, die den Nutzen der Bildungskarte untersucht und ermittelt, ob folgende Ziele erreicht wurden:
 - Die Inanspruchnahme von BuT-Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe durch Leistungsberechtigte ist um mindestens 50% gestiegen.
 - Die Anbieter von Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe beteiligen sich weit überwiegend an dem System der Bildungskarte.
 - Es besteht eine durch eine Befragung von Eltern und Jugendlichen festgestellte hohe Zufriedenheit mit der Bildungskarte.

6. die Gewährung der Leistungen auch in den Fällen sicherzustellen, in denen die Karte nicht eingesetzt wird bzw. eingesetzt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Antrag der Kooperation aus SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Lokaldemokratie in Bielefeld und Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN vom 15.01.2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10100/2014-2020

Die Protokollierung erfolgt unter Punkt 10.

-.-.-

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u. a. folgenden Themen an:

- Trägerentscheidung HzE an OGS, Standort Plaßschule
- Bericht gesundes und gerechtes Aufwachsen in Bielefeld
- Beschluss zum psychosozialen Zentrum
- Auswertung inklusive Ferienspiele und Folgerungen
- Zwei Anerkennungen freier Träger der Jugendhilfe
- Spielflächenbedarfsplanung

-.-.-

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez. _____
Regine Weißenfeld
(Vorsitzende)

Gez. _____
Rita Mülöt
(Schriftführerin)